

Vortragende:

Frau Otto (Verwaltung)

Herr Gleß (Verwaltung)

Herr Henning (Rhein-Sieg-Kreis)

Frau Fesel (TU Dortmund)

- Präsentation im Bürgerinformationssystem einsehbar -

Nach Einleitung durch Frau Otto und Herrn Gleß präsentierten Herr Henning und Frau Fesel die Projektergebnisse und gingen dabei auf folgende Rückfragen und Anmerkungen ein:

Herr Beutel fragte, ob im Web-Geoinformationssystem GeoNode erkennbar sei, ob eine Fläche in städtischem oder privatem Eigentum sei.

Dies verneinte Herr Henning. Die Information sei erhoben worden. Die Kommunen hätten sich jedoch dagegen ausgesprochen, diese Information in dem gemeinsamen Layer darzustellen.

Herr Puffe fragte, was unter den Begriff „Konfliktpotential“ falle.

Als Beispiele nannte Herr Henning eine Lage im Wasserschutzgebiet, im Hochwasserrisikogebiet oder wie im Fall von Lohmarer Flächen in der Einflugschneise des Flughafens Köln/Bonn.

Herr Dr. Frank merkte an, dass er in dieser Darstellung eine ausschließlich auf die jeweilige Kommune bezogene Betrachtung sehe. Das angekündigte überregionale Planungsinstrument könne er zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkennen.

Herr Henning sagte, es sei ein Fortschritt, dass man sich nun in der Region auf der Grundlage einheitlicher Kriterien über Planungen verständigen könne. Weitere Ausführungen dazu würden im nächsten Teil der Präsentation „Verstetigung der Projektergebnisse in der :rak-Region“ folgen.

Herr Pätzold fragte, ob GeoNode für die Öffentlichkeit zugänglich sei.

Dies verneinte Herr Henning. Die Entscheidung über Accounts für die Politik liege bei der Verwaltung.

Zum Dichtekonzept sagte Herr Pätzold, dies verstehe er so, dass hier eine weitere Verdichtung in Bereichen vorgeschlagen werde, die aufgrund ihrer Nähe zum ÖPNV und wichtigen Versorgungseinrichtungen bereits sehr verdichtet seien und somit auch mit der damit verbundenen Hitzeentwicklung belastet seien. Er fragte, wie das Projekt es schaffen wolle, die weitere Verdichtung so umzusetzen, dass die betroffenen Bereiche für die Menschen trotzdem noch lebenswert seien.

Frau Fesel gab an, dass man sich im Projekt nicht mit der Architektur einer solchen Bebauung beschäftigt habe. Man habe eine Dichtebroschüre erstellt, in der man gute Beispiele aus der Region für die Umsetzung verschiedener Bebauungsdichten zusammengestellt habe. Letztendlich sei die angesprochene Balance für jede Fläche unter Einbeziehung der lokalen Besonderheiten individuell zu finden und könne nicht vom Projekt vorgegeben werden. Dem Projekt sei es wichtig gewesen, einen Indikator dafür zu geben, wieviel Potential in einer Fläche stecke.

Herr Pätzold fragte ergänzend, ob das Stadtklima als Konfliktpotential berücksichtigt worden sei.

Herr Henning zeigte auf, dass die Information „thermische Ausgleichsfunktion“ dargestellt werde.

Herr Puffe sagte, seinem Verständnis nach würde man gemäß Dichtekonzept entlang der B56 und der S66-Trasse verdichten, also genau dort, wo Sankt Augustin bereits dicht besiedelt sei. An der Siegschiene entlang in Richtung Eitorf/Windeck, wo man gerne eine Verdichtung haben würde, um auch den fehlenden Supermarkt von der Kaufkraft her abdecken zu können, werde hingegen nur eine relativ geringe Verdichtung vorgeschlagen. Daran schließe sich für ihn die Frage an, die Herr Dr. Frank bereits angesprochen habe und die sich der Ausschuss schon länger stelle. Es falle ihm schwer, die Perspektive zu sehen, wie man die Informationen zukünftig interkommunal nutzen werde und wie die interkommunale Abstimmung konkret aussehen werde.

Herr Henning sagte, auch in Windeck schlage man wesentlich höhere Dichten vor. Dort habe man bislang zum Teil eine Dichte von unter 10 Wohneinheiten/Hektar und bewege sich im Projekt im Dichtekorridor von 40-60 vorgeschlagenen Wohneinheiten/Hektar. Man sehe also Potential. Dieses in der Region zu diskutieren, sei eine politische Aufgabe. Die Diskussion wolle das Projekt nicht vorwegnehmen. Das Projekt wolle ermöglichen, sie anhand einer einheitlichen Datengrundlage zu führen.

Herr Stiefelhagen sagte, er sehe den Konflikt, dass NEILA eine Anzahl an realisierbaren Wohneinheiten vorschlage, ohne jedoch Aussagen zu treffen zu Aspekten wie Wohnklima, lebenswerten Wohnraum, Grünfläche.

Herr Henning sagte, man schlage keine Bebauung vor, es handle sich immer um Bruttodichten. Das sei ein völlig übliches Vorgehen, da, wie man in der Dichtebroschüre erkennen könne, gewisse Bauformen mit gewissen Klassen an Wohneinheiten/Hektar assoziiert seien. Wenn man z.B. von 10 Wohneinheiten/Hektar spreche, könne man gar nicht über freistehende Einfamilienhausbebauung hinweggehen.

Nach der Präsentation der Projektergebnisse zeigte Frau Fesel unter dem Punkt „Verstetigung der Projektergebnisse in der :rak-Region“ auf, welchen Nutzen man aus Sicht des Projektteams aus den Ergebnissen ziehen könne. In diesem Rahmen stellte sie textlich dar, wie ein möglicher Beschlussvorschlag zum regionalen Siedlungsentwicklungskonzept lauten könnte.

Abschließend sagte sie, dass das Projektteam sich sehr darüber freuen würde, wenn aus den Ergebnissen kein Datenfriedhof werde. Interaktive Daten würden davon leben, dass man sie pflege. Die interkommunale Zusammenarbeit könne nur dann funktionieren, wenn man aktualisierte Daten vorliegen habe und sich bewusst darüber sei, welche Flächenpotentiale und -eignungen in der Region vorhanden seien.

Herr Gleß beendete die Präsentation mit einem Ausblick.

Dabei hielt er fest, dass Sinn und Zweck der Sondersitzung nicht sei, schon einen Beschluss zu fassen. Er bat die Fraktionen darum, die erhaltenen Informationen zunächst in ihre Beratungen mitzunehmen. Das Projektteam stehe mit der Präsentation der Projektergebnisse in der Region auch noch ganz am Anfang.

Herr Schütze sagte, das Thema sei hochinteressant, jedoch sehr schwer zu bewerten

und in seinen Augen in dieser Form noch nicht entscheidungsreif. Dafür seien die Angaben zu abstrakt. Er wolle im Detail wissen, welche Fläche in Sankt Augustin welches Bewertungsergebnis erzielt habe, und deshalb dafür werben, den Fraktionen den Zugriff auf GeoNode zu ermöglichen.

Herr Pätzold sagte, wenn der Beschlussvorschlag lauten würde, dass die Kommune das regionale Siedlungsentwicklungskonzept in ihren Planungsprozessen berücksichtigen solle, könne er dem etwas abgewinnen. Seinem Verständnis nach bedeute dies nicht, dass man dem Konzept eins zu eins folgen müsse, sondern dass man es vielmehr als Instrument nutzen solle. Daraus resultiere für ihn jedoch auch die Frage, wie man am Ende regional damit umgehe, wenn sich keiner daran halte.

Was ihm in der Betrachtung und Diskussion bisher fehle, sei die Frage nach der Grenze des Wachstums sowie dem Interessensausgleich zwischen den Kommunen. Es könne in seinen Augen nicht sein, dass die Umlandgemeinden gezwungen seien, immer stärker zu verdichten, weil die Stadt Bonn weiterhin expandiere und Gewerbe- sowie sonstige Einrichtungen an Land ziehe.

Herr Gleß sagte, er halte es für sehr wichtig, die Frage nach der Grenze des Wachstums zu diskutieren. Leider könne man das an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht machen, spätestens im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes werde man diese Diskussion jedoch führen.

Frau Fesel sagte, der Interessensausgleich sei noch nicht da. Die gemeinsame Wissensgrundlage, um interkommunal aktiv in den Flächenhandel und -tausch zu gehen, habe man jedoch nun geschaffen. Der Umgang damit liege nun in der Planungshoheit der Gemeinde.

Herr Puffe sagte, man finde es gut, dass dem Thema eine Sondersitzung gewidmet worden sei. Der ausführliche Vortrag habe viele bisher im Raum stehende Fragen beantwortet.

Seinem Verständnis nach würden sich die Flächenbewertungen für Sankt Augustin zu großen Teilen mit dem decken, was man im Flächennutzungsplan und Stadtentwicklungskonzept als mögliche Nutzung erarbeitet habe. Die Bebauungsdichte werde man im Einzelnen diskutieren müssen, sowohl in Sankt Augustin als perspektivisch auch mit anderen Kommunen.

Herr Köhler sagte, er halte das vorgestellte Instrumentarium für eine große Chance für Planungsprozesse. Allerdings glaube er, dass dieses Instrumentarium nur seine volle Wirkkraft entfalten werde, wenn es von allen betrachteten Kommunen anerkannt werde als eine Planungshilfe, welche auf rationalen Setzungen beruhe. Ein Stück weit hänge der Wert der Planungshilfe in seinen Augen davon ab, ob man das System für die Politik zugänglich mache oder nicht.

Frau Otto bedankte sich für die Fragen und Anregungen des Ausschusses.